

## **Bündnis 90/Die Grünen KV Greifswald-Uecker-Peene**

Beschluss der Kreismitgliederversammlung (KMV) am 29.04.2011 in Anklam

### **Schulstandorte im Fusionskreis zügig sichern Durcheinander für Schulen und Schüler\_innen vermeiden**

Die für diesen September vorgesehene Kreisgebietsreform ist nicht nur inhaltlich in vielerlei Hinsicht fragwürdig. Auch die Umsetzung einzelner Punkte ist handwerklich misslungen. Den kommunalen Verwaltungen, die mit der Durchführung einzelner Schritte der Fusion befasst sind, mangelt es dazu sichtlich an klaren Hinweisen und Vorgaben.

Zu den handwerklich nicht gut durchdachten Fragen gehört die nach der künftigen Trägerschaft der Schulen im Kreis. So ist es etwa für Gymnasien großer kreisangehöriger Städte zwar möglich, auch nach Verlust der Kreisfreiheit weiter in städtischer Trägerschaft zu bleiben. Allerdings ist hierfür formell ein doppelter Wechsel der Trägerschaft erforderlich. Eine Vorbereitung, um hier reibungslose Übergänge zu ermöglichen, scheitert in der Praxis an der zu kurzen Vorbereitungszeit, an Versäumnissen der Verwaltungen in Städten und Kreisen sowie leider auch am Desinteresse an Fragen der Bildungsstruktur.

Gleichzeitig wird die Frage des künftigen Schulnetzes im Rahmen der Gebietsreform überhaupt nicht behandelt. Weil sich aber durch Wegfall und Verschiebung von Kreisgrenzen die Voraussetzungen für Schulen und Schüler\_innen ändern, ist auch mit veränderten Jahrgangsgrößen an einzelnen Standorten zu rechnen. Eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung müsste sich bereits jetzt mit diesen Fragen befassen, doch auch hier fehlen Zeit und Interesse. Betroffen ist hier vor allem der ländliche Raum.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Greifswald-Uecker-Peene formulieren daher für die Schulpolitik im künftigen Fusionskreis folgende Grundsätze und Forderungen:

1. Oberstes Ziel müssen wohnortnahe Schulen und kurze Schulwege sein. Deswegen muss die Sicherung und die Wiederbelebung kleinerer Standorte bereits im Fusionsprozess bedacht werden. Gegebenenfalls müssen die Fusionspartner\_innen entsprechende Beschlüsse fassen. Die Bedeutung von Schulen zur Schaffung und Stabilisierung von Kleinzentren im ländlichen Raum ist dabei ein wichtiges Argument.
2. Für aktuell oder potentiell gefährdete Standorte müssen frühzeitig in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kreisen Modelle entwickelt werden, um diese Standorte zu stärken. Einen Weg sehen wir dabei in der Anwendung und Weiterentwicklung inklusiver Schulmodelle. Eine frühe Selektion im Bildungssystem ist nicht nur pädagogisch unsinnig, sondern führt oft auch zu unnötig langen Schulwegen.
3. Es darf keine Schulen erster und zweiter Klasse geben. Ein finanzieller Ausgleich zwischen Kreis und Trägergemeinden ist so zu regeln, dass alle Schulen im neuen Kreis gleich behandelt und gleichwertig ausgestattet werden. Dies schließt auch Schulen in freier Trägerschaft ein, die zur Ergänzung und Verdichtung des Schulnetzes in die Gesamtplanung einbezogen werden müssen.
4. Kurze und bewährte Kommunikationswege zwischen Schulen und Verwaltungen sollen erhalten bleiben, insbesondere, wenn die Schulen dies wünschen. Dem Wunsch der Greifswalder Gymnasien und der IGS „Erwin Fischer“, in städtischer Trägerschaft zu verbleiben, sollte aus diesem Grunde entsprochen werden.